

Medienmitteilung vom 13. Dezember 2021 zum Runden Tisch Wasserkraft

Wichtiges Bekenntnis zur Wasserkraft

Die Kantone sind erfreut, dass sämtliche TeilnehmerInnen des Runden Tisches die Wichtigkeit der Wasserkraft anerkennen. Insbesondere für das Winterhalbjahr ist der Ausbau der Speicherwasserkraft unabdingbar. Nun gilt es, zeitnah konkrete Projekte zu vertiefen und voranzutreiben. Das Parlament ist überdies gefordert, den Ball aufzunehmen und die zusätzliche Förderung der Speicherwasserkraft im Rahmen der Behandlungen zum Mantelerlass im revidierten Stromversorgungsgesetz festzuschreiben.

Die Kantone waren mit den Präsidenten der Energiedirektorenkonferenz (EnDK), der Konferenz der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren (BPUK) sowie der Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) am Runden Tisch Wasserkraft vertreten, der heute in Bern unter der Führung von Bundesrätin Simonetta Sommaruga zum vorläufig letzten Mal getagt hat.

Die drei Konferenzen werten es als Erfolg, dass eine Einigung in Form einer [gemeinsamen Erklärung](#) zustande gekommen ist. «Die gemeinsame Erklärung zeigt, dass die entscheidende Rolle der Wasserkraft für die Versorgungssicherheit, insbesondere die Produktion von Winterstrom, von allen Beteiligten anerkannt wird», sagt Roberto Schmidt, Präsident der RKGK und Staatsrat des Kantons Wallis.

Kantone bleiben als Bewilligungsbehörde unabhängig

Es ist ein wichtiges Signal vonseiten aller Beteiligten, dass die Absicht besteht, zeitnah konkrete Projekte zu vertiefen und voranzutreiben. Dabei ist es den drei Konferenzen wichtig zu betonen, dass die Kantone in der Beurteilung einzelner Projekte unabhängig bleiben. Die gemeinsame Erklärung schaffe hierzu kein Präjudiz. «Die Kantone nehmen ihre Rolle als Bewilligungsbehörde auch künftig unbefangen wahr», sagt Mario Cavigelli, Präsident der EnDK und Regierungspräsident des Kantons Graubünden.

Cavigelli betont zudem, dass die Liste mit den 15 Projekten, welche in der gemeinsamen Erklärung angeführt ist, nicht abschliessend ist. Die Liste habe indikativen Charakter. «Können Projekte auf der Liste nicht realisiert werden, sind für die Kantone weitere geeignete Projekte notwendig, um das Ausbauziel von 2 TWh zusätzlicher Speicherwasserkraft zu erreichen.» Der Runde Tisch habe sich deshalb auch bereit erklärt, in diesem Fall wieder zusammenzukommen.

Versorgungssicherheit und Umweltschutz vereinbaren

Die Kantone werten sehr positiv, dass es gelungen ist, gemeinsame Kriterien festzulegen und Gewichtungen vorzunehmen, mit welchen geeignete Projekte auch künftig beurteilt werden können. «Mit dieser Methodik werden Projekte identifiziert, deren Biodiversitäts- und Landschaftseingriff pro zusätzliche Einheit an speicherbarer Energie am geringsten ist», sagt Stephan Attiger, Präsident der BPUK und Aargauer Landamman.

Um Konflikten mit den Interessen des Umweltschutzes vorzubeugen, macht der Runde Tisch zudem Empfehlungen für mögliche Ausgleichsmassnahmen und -mechanismen. Dazu gehört zum Beispiel auch das Ausscheiden von Gebieten, in denen kein Eingriff in die Natur stattfinden soll. «Solche Ausgleichsmassnahmen sind sehr hilfreich, um Projekte voranzutreiben und Fronten aufzuweichen», sagt Attiger. Deshalb werde dieses Vorgehen heute schon in vielen Kantonen praktiziert.

Förderung für Speicherwasserkraft gesetzlich verankern

Die gemeinsame Erklärung ist für die Kantone ein erstes, wichtiges Bekenntnis zur Wasserkraft. Mit Spannung werden sie nun die Beratungen im Parlament zur Revision des Energie- und des Stromversorgungsgesetzes (Mantelerlass) verfolgen. «Insbesondere gilt es, die zusätzliche Förderung für die Speicherwasserkraft im Stromversorgungsgesetz zu verankern», sagt EnDK-Präsident Mario Cavigelli. Daneben werde weiterhin auch die Förderung von neuen und bestehenden Wasserkraftanlagen im Rahmen der bereits beschlossenen Änderungen im Energiegesetz eine wichtige Rolle spielen. Dieser Teil der Förderung war nicht Bestandteil des Runden Tisches.

Auskunft erteilt:

Regierungspräsident Dr. Mario Cavigelli, Präsident der EnDK

Tel: 081 257 36 01 (zu Bürozeiten)

Email: mario.cavigelli@diem.gr.ch (jederzeit; inkl. telefonischer Rückruf, soweit erwünscht)

Landammann Stephan Attiger, Präsident der BPUK

Tel: 031 320 16 91

Email: office@bpuk.ch

Staatsrat Roberto Schmidt, Präsident der RKGK

Tel: 079 220 32 29

Email: roberto.schmidt@admin.vs.ch